

Sollen wir die BDS-Bewegung ächten?

Nahost Wie hältst du es mit „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“, kurz: mit BDS? Innerhalb der Debatten um Antisemitismus und Israelkritik scheint das die Gretchenfrage

von Arne Andersen

Schauen wir genauer auf die Ursprünge dieser Bewegung: BDS ist 2005 aus der palästinensischen Erfahrung entstanden – militärische Machtlosigkeit und mangelndes Vertrauen in eigene Institutionen. Es schien nur noch der Appell an das Weltgewissen eine Chance zu bieten, das Recht zur Selbstbestimmung zu erreichen. Inspiriert vom Erfolg der Anti-Apartheid-Bewegung, setzte die palästinensische Zivilgesellschaft auf einen Boycott, so lange bis Israel seine Politik am internationalen Recht und den Menschenrechten orientiert.

Doch Israel folgte der Grundlinie seines früheren Verbündeten, des rassistischen Südafrika: Im Jahre 2011 machte es BDS-Boycottaufträge strafbar und schadenersatzpflichtig. Selbst juristische Berater der Knesset, des Parlaments, bezweifelten die Rechtmäßigkeit des Gesetzes, und die konservative Zeitung *Maariv* sprach angesichts dieses Maulkorbgesetzes von „Faschismus“ und „Gedankenpolizei“. Die israelische Regierung bildete dagegen ein Extra-Ministerium, das sich nur der BDS-Bekämpfung weltweit widmete. In Deutschland war es die AfD, die 2019 als Erste ein „BDS-Verbot“ forderte und damit genügend Druck auf die anderen Parteien ausübte, selbst für einen „Boycott der Boykotteure“ zu stimmen und dieser Bewegung keine Räume oder Ressourcen mehr zu überlassen.

Natürlich fand bei der AfD auch eine Forderung des Bundestags vom vergangenen Jahr Zustimmung, ein Betätigungs- und/oder Organisationsverbot von BDS zu prüfen. Zugestimmt hatten der Forderung auch CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne. Haben sie verstanden, was die Bewegung für Ziele hat? Es scheint nicht so. Im Wesentlichen verfolgt BDS drei Forderungen, die auf Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) und UN-Beschlüssen basieren:

- das Ende der Besatzungsherrschaft
- die rechtliche Gleichstellung der Palästinenser in Israel
- die Anerkennung des Rückkehrrechts

Alle drei Forderungen trafen auf die Kritik Israels und seiner Freunde. Sie behaupten, mit der ersten Forderung verlange BDS die Vertreibung der Juden. Stimmt nicht: Wie alle politischen Gruppen Palästinas erkennt BDS die von der UN-Resolution 242 benannten Grenzen von 1967 an.

Auch die Behauptung, Palästinenser in Israel hätten bereits die gleiche Rechte, hält einer Überprüfung nicht stand. Das 2018 beschlossene Nationalstaatsgesetz definiert Israel als „Staat des jüdischen Volkes“, die über 20 Prozent Palästinenser sind damit ausgeschlossen. Die israelische NGO Adalah listet 70 entsprechender Gesetze auf.

Gegenüber dem vom Völkerrecht verbrieften Rückkehrrecht argumentieren Kritiker, die Umsetzung sei unmöglich und Juden würden an den Rand gedrängt. Mit dem gleichen Argument könnte man kritisieren, dass alle Juden weltweit das Recht

haben, israelische Staatsbürger zu werden. Viele Palästinenser sind in ihrer neuen Heimat integriert, sie wollen nicht auswandern, aber zumindest das Recht haben, Palästina zu besuchen.

Last but not least wird BDS kritisiert, weil es an den Nazi-Boycott „Kauft nicht bei Juden“ erinnere. Während aber die Nazis die Menschenrechte der jüdischen Bevölkerung verletzen, nimmt BDS eine Regierungspolitik ins Visier, die Menschenrechte verletzt. Viel eher wäre er mit dem ab 1933 in den USA praktizierten heldenmütigen (aber vergeblichen) Boycott des NS-Regimes durch jüdische Organisationen unter dem Motto „Don't buy German goods while Nazis rule!“ zu vergleichen.

Arne Andersen ist Mitglied in der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft und Autor von *Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?* (Köln 2024)

von Leander F. Badura

Eine politische Bewegung kann man auf zweierlei Arten beurteilen: hinsichtlich ihrer Ziele und hinsichtlich ihrer Methoden. Beides ist bei der BDS-Bewegung offen sichtbar.

Die Ziele sind im ersten Aufruf eines Zusammenschlusses palästinensischer Organisationen von 2005 formuliert und klingen auf den ersten Blick humanistisch, menschenrechtspolitisch motiviert und irgendwie progressiv. Doch alle drei Forderungen beruhen auf falschen Annahmen und zielen auf die Delegitimierung, Dämonisierung und Abschaffung Israels als jüdischen Staat.

Das geforderte Ende der „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“ lässt bewusst im Unklaren, welches Land gemeint ist. Die Siedlungen in der Westbank? Oder doch der ganze Staat Israel? Keinen Zweifel lässt es darüber, dass an-

geblich all dieses Land „kolonisiert“ wurde – eine geradezu groteske Verzerrung der historischen Prozesse, die zur Gründung Israels 1948 geführt haben. Zionisten siedelten damals auf legal erworbenem Land – meist solchem, das billig, weil unfruchtbar war. Außerdem kamen die Siedler nicht als Vertreter eines nach ökonomischer Ausbeutung strebenden Mutterlandes, sondern als Flüchtlinge vor dem europäischen Antisemitismus. Diese Lüge über Israel in Kombination mit der Vagheit der Forderung ist eine Delegitimierung des Staates und zielt auf dessen Abschaffung.

Die zweite Forderung, das „Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit“ anzuerkennen, impliziert, dass es eine systematische rechtliche Ungleichbehandlung arabischer Israelis gebe – was schlicht und ergreifend nicht stimmt. Natürlich gibt es Rassismus und Diskriminierung in Israel – die Palästinenser dort sind aber die einzigen in der ganzen Region, die demokratische Bürgerrechte genießen. Von der Lage der Palästinenser in den angrenzenden arabischen Staaten schweigt der Aufruf. BDS geht es also nicht um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Palästinenser, sondern um die Abschaffung Israels.

Der dritte Punkt fordert ein Rückkehrrecht für die „palästinensischen Flüchtlinge“. Diese sind in ihrer Mehrheit allerdings keine. Sie sind vielmehr die einzige Bevölkerung weltweit, die diesen Status ererbt hat: So konnten aus den etwa 750.000 arabischen Flüchtlingen des ersten israelisch-arabischen Krieges von 1947/48 bis heute fast sechs Millionen Flüchtlinge werden. Dass die Enkel jener Menschen, die infolge eines von den Arabern begonnenen Krieges, bei dem es zu Flucht und Vertreibung kam, ihre Heimat verließen, nun dorthin zurückkehren sollen, ist eine historisch präzedenzlose Forderung. Die Einwanderung all dieser Menschen würde das demografische Gleichgewicht in Israel derart verschieben, dass es seinen Charakter als staatlicher Schutzraum für Juden verlieren würde.

Wer noch nicht bereit ist, hinter diesen Abschaffungs- und schlimmstenfalls Vernichtungsfantasien den offensichtlichen Antisemitismus zu erkennen, kann noch einen Blick auf die Aktivitäten werfen, die unter dem Label BDS stattfinden. Der Boycott zielt auf alle gesellschaftlichen Bereiche Israels: wirtschaftlich, kulturell, akademisch. Er homogenisiert also die Bevölkerung eines Staates unabhängig von deren persönlichen Einstellungen – was freilich nur jüdische Israelis trifft. Und immer wieder auch Juden in anderen Staaten, die nichts mit Israel am Hut haben. Schon lange vor dem 7. Oktober 2023 gab es etwa Studien, die einen Zusammenhang zwischen BDS-Aktivitäten an US-Universitäten und der Zunahme von Übergriffen auf jüdische Studierende und Lehrende feststellten.

Wie man es also dreht und wendet: BDS ist und bleibt eine antisemitische Bewegung, die geächtet gehört.

PRO



FOTO: GUY SMALLMAN/GETTY IMAGES

CONTRA